**Landtag**
**Nordrhein-Westfalen**
14. Wahlperiode

**Ausschussprotokoll**
**APr 14/297**
09.11.2006

# Innenausschuss

**18. Sitzung (öffentlich)**

9. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Günter Labes

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:** Seite

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** 5

**1 Aktuelle Viertelstunde** 5

hier: **Eckpunkte der Landesregierung zu einer Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes**

Staatssekretär Brendel berichtet. Danach werden Fragen aus den Reihen des Ausschusses beantwortet.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)** 9

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2850 (Ergänzungsvorlage)

Der Einzelplan 03 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Seite

**3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW)** 12

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2211

Ausschussprotokoll 14/275 (Protokoll zur Anhörung am 19. Oktober 2006)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

**4 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG)** 20

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2241

Stellungnahme 14/582

Der Gesetzentwurf Drucksache 14/2241 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

**5 Keine Kooperation mit Schleusern - Rechtsstaatliche Verfahren bei Sammelanhörungen von Flüchtlingen sicherstellen** 21

Antrag der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1986

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/1986 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Seite

**6 Bleiberechtsregelung darf keine Alibilösung werden** 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2407

In Verbindung mit:

**Bleiberechtsregelung: Endlich Rechtssicherheit für langjährig geduldete Flüchtlinge schaffen!**

Antrag der
Fraktion der SPD
Drucksache 14/2717

Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 14/2784

Zuschriften 14/648 und 14/649

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2407 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD-Vertreter abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/2717 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

**7 Erfolgreiche Integrationspolitik in NRW durch die Einführung eines Integrationsgesetzes weiterentwickeln und sicherstellen!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2585

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2628

In Verbindung damit:

Seite

**Das Landesaufnahmegesetz durch ein Landesintegrationsgesetz ersetzen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2591

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2628

Der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/2585 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der Grünen abgelehnt.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2591 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt.

Kein Diskussionsteil.

**8 Gewalt in nordrhein-westfälischen Fußballstadien** 28

Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Innenministeriums entgegen und führt eine Aussprache durch.

**9 Verschiedenes** 32

**a) Ausschussreise**

Der Ausschuss kommt einstimmig überein, für den 12./13. Dezember 2006 eine Ausschussreise nach Den Haag bei der Präsidentin zu beantragen.

**b) Landespräventionsrat**

Innenminister Dr. Ingo Wolf sagt auf die entsprechende Frage von Thomas Stotko (SPD) eine Klärung der Frage zu, wo der Landespräventionsrat im Haushalt etatisiert ist.

*****

## 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2850 (Ergänzungsvorlage)

Hinweis: Die Änderungsanträge und die Abstimmungsergebnisse sind der Drucksache 14/3003 zu entnehmen. Dieses Protokoll enthält nur die Wortbeiträge, die über die Begründungen hinausgehen.

**Vorsitzender Winfried Schittges** weist darauf hin, dass drei Änderungsanträge vorlägen.

**MR'in Brohl-Sowa (IM)** führt aus:

Durch die Ergänzungsvorlage, die in den Landtag eingebracht worden ist, ergeben sich für den Einzelplan 03 folgende Veränderungen: In den Einzelplan 03 - sprich: in die Bezirksregierungen - aufgenommen werden die Staatlichen Ämter für Agrarordnung, die Staatlichen Umweltämter und die Vollzugsaufgaben des Landesumweltamtes sowie die Ämter für Arbeitsschutz. Der Aufgabenbereich Fischerei und Gewässerökologie und die Aufgaben der Bergämter gehen auf die Bezirksregierung Arnsberg über.

Die Auflösung des Landesinstituts für Schule und der Übergang der Aufgaben des Förderzentrums für die integrative Beschulung blinder und hochgradig sehbehinderter Schülerinnen und Schüler (FiBS) gehen an die Bezirksregierung Arnsberg sowie der Landessport für den Schulsport (LfS) an die Bezirksregierung Düsseldorf.

Der Übergang der Aufgaben der oberen Flurbereinigungsbehörde erfolgt auf die Abteilung 9 des MUNLV und der Übergang der Veterinärangelegenheiten, Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung, die ehemaligen Dezernate 50 der Bezirksregierungen, geht auf die neu eingerichtete Behörde Landesanstalt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUF) über.

Die Ergänzungsvorlage enthält als eine der Anlagen ein Schaubild des Finanzministeriums. Daran kann man wunderbar erkennen, welche Aufgaben von welcher Behörde wohin gehen.

Insgesamt bedeutet das eine Erhöhung des Ausgabenvolumens um rund 180 Millionen € im Einzelplan 03 und 3.200 Planstellen, die in den Einzelplan 03 übergehen.

Noch eine Zusatzinformation: Infolge der Integration der Querschnittsaufgaben der potentiell zum 1. Januar 2007 dann ehemaligen Sonderbehörden werden in unserem Geschäftsbereich aus dem Querschnittsbereich zusätzlich 236 Stellen kw-gestellt.

**Dr. Karsten Rudolph (SPD)** stellt fest, die Auswirkungen der kurzfristig zugeleiteten Ergänzungsvorlage könnten noch nicht übersehen werden. Die Integration der Behörden koste zunächst einmal wohl mehr Geld, weshalb das Volumen des Einzelplans 03 ansteige.

Die SPD-Fraktion habe auf das Stellen von Änderungsanträgen verzichtet, weil diese vermutlich kaum die Mehrheit des Ausschusses gefunden hätten. Er nehme an, dass sich die Regierungskoalition mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf und damit auch mit dem Einzelplan 03 noch weiter von der Einlösung der gemachten Wahlversprechen entferne. Die Situation werde für die Sicherheitsbehörden und für andere aus dem Einzelplan 03 finanzierte Einrichtungen noch bedrückender. Somit verschiebe sich die Architektur dieses Einzelplans.

**Monika Düker (GRÜNE)** kritisiert ebenfalls, dass die Ergänzungsvorlage erst zwei Tage zuvor eingebracht worden sei, weil es nicht möglich erscheine, innerhalb eines Tages die Veränderungen für die Fachausschüsse auszuwerten.

In der Generalaussprache in der letzten Sitzung des Innenausschusses habe sie schon für die Grünen sehr deutlich gemacht, es als beschämend zu empfinden, dass die Landesregierung es offensichtlich nötig habe, politische Zeichen gegen Minderheiten wie Flüchtlinge zu setzen, sodass etwa der nordrhein-westfälische Flüchtlingsrat nicht mehr aus diesem Haushalt finanziert werde. Sie meine, dass die 150.000 € für diese wichtige Arbeit zur Förderung der Ehrenamtlichkeit im Rahmen dieses Haushalts gedeckt werden könnten. Aus diesem Grunde habe ihre Fraktion den Änderungsantrag Nr. 2 vorgelegt. Schon in früheren Jahre habe man, wenn der Finanzminister Kürzungen hätte vornehmen wollen, interfraktionell sich verständigt, die Ansätze für die Arbeit der Flüchtlingsorganisationen heraufzusetzen, woran seinerzeit auch die CDU-Fraktion mitgewirkt habe. Der Antrag Nr. 1 enthalte einen Deckungsvorschlag.

**Theo Kruse (CDU)** entgegnet, die in der Vergangenheit erfolgte Zustimmung seiner Fraktion zur Erhöhung der Ansätze für Asyl und Flüchtlingsarbeit stelle Frau Düker sehr verkürzt dar. Seine Fraktion habe in den letzten zehn Jahren - auch im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen - immer wieder verdeutlicht, dass sie beabsichtige, die Asyl- und Ausländerpolitik und die Integrationspolitik auf neue Füße zu stellen. Damit sei begonnen worden. Die Neuausrichtung gelinge jedoch nicht von heute auf morgen. Die in den letzten zehn Jahren von den Grünen gestellten Änderungsanträge hätten sich aber vor einem anderen Hintergrund abgespielt. Die Landesregierung habe die Ansätze stets deutlich gesenkt. Die Grünen hätten sich im Vorfeld die Zusicherung eingeholt, dass entsprechende Änderungsanträge im Ausschuss und im Plenum Mehrheiten fänden. Unter einem anderen Tagesordnungspunkt bezögen sich die Grünen darauf, dass sich die Innenministerkonferenz voraussichtlich zum Thema Bleiberecht in den nächsten Wochen verständigen werde. So wie beantragt könne man zwar vorgehen, aber das entspreche nicht der Sicht der Dinge der CDU-Fraktion. Die vorliegenden Änderungsanträge werde seine Fraktion ablehnen.

Die Gesamtarchitektur des Einzelplans 03 weise keineswegs die Tendenz auf, dass in den nächsten Jahren eine Verschlechterung der Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen

stattfinde. Was die Einstellungszahlen bei der Polizei angehe, werde das vom Vorgänger des jetzigen Innenministers Begonnene fortgesetzt. Es würden also 500 Polizisten eingestellt. Mit den heutigen Beratungen im Innenausschuss würden die Beratungen über den Haushalt schließlich noch nicht beendet. Seine Fraktion verfahre wie im vergangenen Jahr und stelle keine Einzelanträge. Vielmehr würden die Anträge gebündelt im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt.

Erwähnt werden müsse, dass sich die Landesregierung hehre Ziele gesetzt habe. Erfreut sei seine Fraktion darüber, dass viele Ziele voraussichtlich früher als prognostiziert erreicht würden. Bei der gestrigen Anhörung zur Straffung der Behördenstruktur habe einer der Experten verdeutlicht, auch frühere Landesregierungen hätten sich mit Strukturreformen und mit dem Abbau von Behörden beschäftigt, aber seien gescheitert. Die neue Koalition mache ernst und werde aus seiner Sicht damit auch erfolgreich sein. Es handele sich aber um einen mühsamen Prozess. Von daher erscheine gut und richtig, dass bestimmte Behörden zumindest vorübergehend eingegliedert würden, was auch zu veränderten Haushaltsansätzen führe. Zu diesem Prozess gehöre ein modernes Mitbestimmungsrecht. Dieses werde nicht „platt gemacht“. Das Gegenteil treffe zu. Das Landespersonalvertretungsrecht werde also ebenfalls reformiert.

**Monika Düker (GRÜNE)** legt dar, es werde argumentiert, wegen der zurückgehenden Zahlen in den Abschiebehaftanstalten des Landes könne der Ansatz bei Titel 684 30 niedriger sein. Wer Abschiebehaftanstalten besuche und mit den Betreuern spreche, gewinne ein anderes Bild. Die Zahlen gingen zwar zurück, aber der Betreuungsaufwand steige aufgrund der Personenzusammensetzung enorm an. In der Abschiebehaftanstalt Neuss seien sehr viele Opfer von Menschenhandel untergebracht. Es handele sich um Frauen, die als Zwangsprostituierte aufgegriffen worden seien. Für diese Menschen müssten unter Umständen Zeugenschutzprogramme organisiert werden, wenn sie für einen Prozess bereitstünden. Das rechtfertige aus ihrer Sicht, den ursprünglichen Ansatz beizubehalten, wie das ihre Fraktion mit Antrag Nr. 3 begehre. Die vorgesehene Kürzung werde jedenfalls nicht als Konsolidierungsmaßnahme, sondern als politische Maßnahme zur Zerstörung funktionierender Betreuungsstrukturen für Flüchtlinge angesehen.

Der Einzelplan 03 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.